

Vertragsdaten

Titel Vorname Name Staatsangehörigkeit
 Straße Hausnummer Telefon
 Land/PLZ Wohnort E-Mail
 Ich möchte Mitglied werden ab Geburtsdatum
 Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten

Arbeiter*in Beamter*in erwerbslos
 Angestellte*r Selbständige*r
 Vollzeit Teilzeit
 Anzahl Wochenstunden:
 Auszubildende*r / Volontär*in / Referendar*in
 Schüler*in / Student*in (ohne Arbeitseinkommen)
 Praktikant*in Dual Studierende*r Sonstiges
 bis ich bin Meister*in / Techniker*in / Ingenieur*in

Monatsbeitrag in Euro

Bin / war beschäftigt bei (Betrieb / Dienststelle / Firma / Filiale)
 Hausnummer
 Straße Ort
 PLZ Branche
 ausgeübte Tätigkeit
 monatlicher Bruttoverdienst Lohn- / Gehaltsgruppe o. Beschäftigungsgruppe
 € Tätigkeits- / Berufsjahre o. Lebensalterstufe
 Ich war Mitglied in der Gewerkschaft von bis

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mindestens 2,50 Euro.

Ich wurde geworben durch:

Name Werber*in
 Mitgliedsnummer



Besuchen Sie uns auf Facebook:
<https://www.facebook.com/pages/category/Labor-Union/verdi-Landesmigration-Bayern-317714712507097/>

#KeinWirOhneUns

menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen für ALLE!

- soziale, politische sowie kulturelle Gleichbehandlung aller hier lebenden Bürger*innen
- Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft für Migrant*innen
- Verbesserung bei den Aufenthaltsrechten
- Migrant*innen ohne Papiere haben auch Rechte

Würde und Gerechtigkeit statt Ausbeutung

- prekäre Werkvertragsverhältnisse sowie unübersichtliche Ketten von Subunternehmern beenden und verstärkt kontrollieren

Fair statt Prekär bedeutet für uns:

- Diskriminierungskritische Sprache in Schulen, Ausbildung, Medien und TV
- Streichung des Wortes „**RASSE**“ aus dem Grundgesetz
- Förderung von Multikulturalität und Integration als Bildungsziele
- Mehr Ausbilder*innen mit Migrationshintergrund
- Anschlussqualifizierungen
- Vermehrte Anerkennung bzw. Gleichstellung ausländischer Berufsqualifikationen sowie Steigerung der Angebote für
- Chancengleichheit im Bildungssystem und am Arbeitsmarkt
- Gezielte Förderung von jugendlichen Migrant*innen beim Übergang von der Schule ins Berufsleben

Unsere Forderungen:

- Steigerung der Repräsentanz von Migrant*innen
 - in politischen Spitzenämtern
 - in Führungspositionen im Betrieb
 - in allen haupt- und ehrenamtlichen Strukturen innerhalb ver.di



Wojciech Pradka
 beratendes Mitglied im Vorstand
 Betriebsrat, VL
Bezirk Kempten
 Mobil: 0176 54041506



Dolores Sailer
 stv. Vorsitzende
 KBR- Vorsitzende
Bezirk Augsburg
 Mobil: 0821 70047424
 Mail: dolores.sailer@weltbild.com



Alexander Parasidis
 stv. Vorsitzender
 freigestellter Betriebsrat- und SbV
Bezirk München
 Mobil: 0179 3264031
 Mail: parasidis.alexander@swm.de



Charlotte Johnson
 Vorsitzende
 Personalrat, VL
Bezirk Mittelfranken
 Mobil: 0157 88100794
 E-Mail: charlotte.johnson@t-online.de

Vorstand



Unsere Kolleg*innen:
 v.l.n.r.: Edgar, Linda, Wojciech, Pelin, Suna, Dolores, Jahangir, Ibrahim, Charly, Aimè und Ursula

#KeinWirOhneUns

Respekt, Teilhabe, gleiche Rechte auf allen Ebenen - für ALLE!

Für eine diskriminierungsfreie, vielfältige Gesellschaft sowie ein friedliches Zusammenleben braucht es: Einen integrativen Prozess, gelebtes Miteinander, Zivilcourage jedes Einzelnen und die Begegnung aller Bürger*innen mit und ohne Migrationshintergrund auf Augenhöhe

Ausgabe: August 2020
 V.i.S.d.P.: ver.di Landesbezirk Bayern, Ursula Stöger,
 Schwanthaler Str. 64, 80336 München
 Gestaltung: Charlotte Johnson - Druck: Hofmann PC-Systeme

Kulturelle Vielfalt ist unsere STÄRKE!

Landesmigrationsausschuss Bayern



Bereits seit **2011** ist der Landesbezirk Bayern mit seinen **3** bezirklichen Ausschüssen: **Mittelfranken, München und Augsburg** aktiv. Eine bunte Gruppe von Kolleg*innen aus unterschiedlichen Berufen, interkultureller Erfahrung und aus **15** verschiedenen Ländern - angefangen von Äthiopien über Griechenland, Türkei, Bangladesch, Togo, Frankreich bis hin zu Polen. Im Landesmigrationsausschuss Bayern werden 12 Fachbereiche sowie die Jugend von unseren Kolleg*innen repräsentiert und vertreten.

Mit den vielseitigen Themen setzen wir uns sowohl für die Verbesserung von Arbeitsmarkt- und Lebensbedingungen als auch für die Anliegen von Migrant*innen ein. Wir sind das Gesicht von ver.di und geben all unseren vielen Mitgliedern mit Migrationshintergrund in der Arbeitswelt, Gesellschaft und Politik eine Stimme.

... und wird es auch bleiben! Mehr als ein Fünftel der Arbeitnehmer*innen in Deutschland haben eine Einwanderungsgeschichte. Wichtig ist uns Einwanderung und Mobilität als gesellschaftliche Realität zu akzeptieren und zu gestalten. ver.di unterstützt eine geregelte Zuwanderung von EU- und Nicht-EU-Staaten aus arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Gründen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen die vor Bürgerkriegen flüchten, aus politischen Gründen verfolgt werden oder aufgrund ihrer sexuellen Orientierung um Leib und Leben fürchten müssen, in Deutschland Schutz gewährt wird. Das ist für uns untrennbar mit dem Anspruch verbunden, eine humane, zivilisierte Gesellschaft zu sein. Zugewanderte haben ein Recht auf Integration. Dies bedeutet neben dem Erwerb der Sprache, sich über Rechte und Pflichten zu informieren und diese zu beachten, gleichwohl ist:

**Integration keine Einbahnstraße!
Für ein soziales Miteinander
müssen sich alle Bürger*innen bewegen!**

Millionen Einwanderer, die langjährig ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, entscheiden bei Wahlen nicht mit. Wir fordern das allgemeine Wahlrecht, auch für Migrant*innen, welche dauerhaft hier leben und arbeiten. Die gesamte Bevölkerung soll mitentscheiden können, wer ihr Leben und ihren Alltag bestimmt. Politische Teilhabe darf weder vom Pass, noch von der Herkunft oder dem Einkommen abhängen. Muss man zu einem Staatsvolk gehören, um das Wahlrecht ausüben zu können?

Demokratie bedeutet für uns nicht nationale Gleichheit, sondern **gleiche Rechte. Politische Partizipation auf Augenhöhe** ist die einzig demokratische Antwort auf Ausgrenzung und Rechtspopulismus.

Mit den bisher geltenden Regelungen wurden Voraussetzungen geschaffen, dass u.a. durch Aufklärung & Prävention Benachteiligungen erst gar nicht entstehen. Das Gesetz enthält wirksame Mittel, die es sowohl den Betroffenen, als auch den betrieblichen und gesellschaftlichen Akteuren ermöglichen, gegen Benachteiligungen vorzugehen.

Jedoch ist das Antidiskriminierungsgesetz (AGG) noch zu wirkungslos und muss überarbeitet werden, damit sich Betroffene besser wehren können.

Dringend notwendige Ergänzungen im AGG sind aus unserer Sicht:

- Diskriminierung gegenüber BPOC
- Benachteiligung bei der Wohnungssuche
- Die Bezeichnung „**Fremdenfeindlichkeit**“ ändern in „**gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit**“

Ebenso müssen Bewerbungsprozesse stärker beleuchtet werden z.B. durch Einfordern von anonymisierten Bewerbungen, um Benachteiligungen vorzubeugen.

Nicht zusehen, sondern Mund aufmachen!

Wenn im Betrieb über Migrant*innen und Geflüchtete abfällig gesprochen und gehetzt wird, sie Mobbing ausgesetzt sind oder beleidigt und mit rassistischen Kommentaren überzogen werden.

Nicht schweigen!

Ob im Alltag, Betrieb, Politik oder Privatleben. Bei Diskriminierung bis hin zu rassistischen Äußerungen und Angriffen einschreiten!

Wir müssen über **Vorurteile** und **Rassismus** sprechen, nicht ignorieren - nur so können wir **Ressentiment** ablegen und Rassismus überwinden - nur so findet ein **Umdenken** statt. Viele Menschen sind verunsichert, weil sie nicht wissen, wie sie mit dem Thema umgehen sollen – oftmals sind unser eigenes Handeln und unsere Äußerungen rassistisch. Daher ist Politische Bildung und Beratung ein wichtiger Baustein und unabdingbar für die Zukunft.

Rassismus benennen und anprangern!

Es gilt klare Kante gegen all jene zu zeigen, welche versuchen die Gesellschaft zu spalten, um ihre Ideologien und menschenverachtenden Einstellungen zu verbreiten.

**Gemeinsam gegen Rassismus, Rechtsextremismus
Antisemitismus & Faschismus**

Nur Einzelfälle? Viele Betroffene machen ganz andere Erfahrungen und haben den Eindruck, dass sie allein wegen ihrer Hautfarbe oder äußeren Merkmalen kontrolliert werden. Eine Studie zu Rassismus in der Polizei, die eine sachliche und objektive Diskussionsgrundlage liefert, ist notwendig - ebenso Berichte, um weitergehende Maßnahmen einzuleiten. Es ist zwingend erforderlich bundesweit **unabhängige Antidiskriminierungsstellen** einzurichten, welche Opfern von Rassismus als Beratungs- und Anlaufstellen zur Verfügung stehen, um Unterstützung für Betroffene zu gewährleisten.

Ort, Datum und Unterschrift Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zu ver.di / zeige Änderungen meiner Daten an ¹⁾ und nehme die Datenschutzhinweise zur Kenntnis.

Ort, Datum und Unterschrift

Datenschutzhinweise

Ihre personenbezogenen Daten werden von der Gewerkschaft ver.di gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) für die Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weiter gegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit Ihrer gesonderten Einwilligung. Die europäischen und deutschen Datenschutzrechte gelten in Ihrer jeweils gültigen Fassung. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter <https://datenschutz.verdi.de>.

SEPA-Lastschriftmandat
Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft
Glaubigeridentifikationsnummer: DE612ZZZ00000101497
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.
Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.
Titel / Vorname / Name Kontoinhaber*in (nur wenn abweichend) _____
Straße und Hausnummer _____
BIC _____ IBAN _____ PLZ/Ort _____

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.
Zahlungsweise
 monatlich vierteljährlich zum Monatsende
 halbjährlich jährlich

Nur für Lohn- und Gehaltsabzug!
Personalnummer _____

Einwilligungserklärung zum Lohn-/Gehaltsabzug in bestimmten Unternehmen:

Ich stimme der Einrichtung meines Mitgliedsbeitrages im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren zu und willige in die Übermittlung der hierfür erforderlichen Daten zwischen meinem Arbeitgeber und ver.di ein. Diese Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft gegenüber ver.di oder meinem Arbeitgeber widerrufen.

Ort, Datum und Unterschrift